

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 6 86 946 ppbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 156

19. August 1985

„Krieg der Sterne“ - für Bayerns Spitzenstellung?

Eine Auseinandersetzung mit der SDI-Befürwortung von Strauß

Von Xaver Wolf MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Bayerischen Landtag

Entsetzen überkam mich als ich die Antwort von Ministerpräsident Strauß auf meine parlamentarische Anfrage zur deutschen und speziell bayerischen Beteiligung am SDI-Programm der Vereinigten Staaten erhielt. Strauß legt darin ein erschreckend unkritisches Hurra-Bekenntnis zum Star War-Wahnsinn ab und liefert dazu eine Begründung, die man nur als blanken-Zynismus und als Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität bezeichnen kann.

Nachdem Strauß öffentlich geäußert hatte, daß die riesigen Forschungen im Zusammenhang mit dem militärischen Weltraumprogramm zu noch ungeahnten technologischen Fortschritten führen werden, und daß daher auch deutsche Firmen an dem Programm beteiligt sein sollen, hatte ich mich mit der Frage an die Staatsregierung gewandt: Hält die Staatsregierung die Beteiligung an diesem größten Rüstungsprogramm tatsächlich für eine zwingende Voraussetzung, um technologisch nicht ins Hintertreffen zu kommen?

Erster Satz der Antwort von Strauß: „Die Strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika beinhaltet kein Rüstungsprogramm, sondern ein Forschungsvorhaben.“ Strauß offenbart damit sehr deutlich seine feste Entschlossenheit, jedweden Etikettenschwindel zu betreiben, um die von ihm für unbegründet gehaltene Angst der Menschen vor ihrer Vernichtung im Keime zu erstickern.

Wenn der Plan der USA, nach dem vielfachen atomaren over-kill auf der Erde nunmehr den Weltraum mit endzeitlichem Zerstörungspotential zu bestücken, ein harmloses „Forschungsvorhaben“ ist, wie Strauß meint, dann müßte etwa ein Auftrag an die Genforschung, grüne Männchen mit Laser-Augen zu züchten, geradezu als Fortschritt der Menschheit gewürdigt werden. Die menschenverachtende

Xaver Wolf MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, setzt sich mit der Haltung von Strauß zu SDI auseinander: Bayern und der Sternkrieg. Seite 1

Klaus Kirschner MdB, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages, plädiert für eine Wende in der Agrarpolitik: Lehren aus dem Wein-Skandal ziehen. Seite 4

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständiger Umgang  
mit normaler Entlohnung  
Berufliche Partner



Perversion des Denkens nimmt bei den euphorischen Befürwortern des SDI-Programms Formen an, die äußersten Widerstand aus Gründen der Selbst- und Lebenserhaltung fordern.

Je furchtbarer die Vernichtungswaffen im Laufe der Geschichte wurden, desto mehr wurden sie in den neutralen bis positiven Bereich der Forschung entrückt. Selbst bei der atomaren und chemischen Aufrüstung kann man jedoch noch differenzieren: Die Kernforschung war nicht von vornherein auf die Entwicklung der Atombombe ausgerichtet, diese war vielmehr sozusagen ein Abfallergebnis; die Chemiker hatten nicht von vornherein die Menschenvernichtung im Auge, sondern Hilfe für Menschen und Natur; der militärische Mißbrauch war sozusagen ein Nebenprodukt.

Beim SDI-Programm jedoch ist die mögliche Totalvernichtung von vornherein erklärtes Ziel dieses sogenannten Forschungsvorhabens. Eine schlimmere Perversion menschlicher Genialität ist nicht mehr denkbar. Und wie begründet Strauß angesichts dieser Apokalypse-Option die deutsch-bayerische Beteiligung am SDI-Programm? Zweiter Satz der Strauß Antwort: „Die Bayerische Staatsregierung ist der Auffassung, daß unser Land seine wissenschaftlich-technische Spitzenstellung, von der unsere Zukunft abhängt, nur halten kann, wenn wir uns am SDI-Forschungsprogramm beteiligen.“ Eine ungeheuerliche Aussage. Bayerns Zukunft soll davon abhängig sein, daß es einen Beitrag zur möglichen Menschheitsvernichtung leistet. Eine wirklich schöne Zukunft. „Krieg der Sterne“ für Bayerns „Spitzenstellung“?

Es ist immer wieder derselbe, diesmal allerdings tödlich bedrohliche Teufelskreis. Größenwahnsinnige Politiker spannen eine gewinnstüchtige Industrie für die Aufrüstung ein - oder umgekehrt -, und dem blöden Volk, das nachher an der Front - oder bald im atomaren Inferno? - varreckt, wird eingeredet, dies sei gut und notwendig für den technologischen Fortschritt und für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Erste Weltkrieg und mehr noch der Zweite wurden so ermöglicht. Zig-Millionen starben, aber dieselben Rüstungsgewinnler machen heute wie eh und je ihre Geschäfte, genannt technologischer Fortschritt. Bayerische SDI-Beteiligung - was für ein Danaer-Geschenk, was für ein trojanisches Pferd vom geburtstagsjubelnden „Landesvater“ Strauß an „sein Volk“!

Nicht irgendein Nutzen, sondern der Schaden für Menschen steht an erster Stelle des SDI-Programms. Der Schaden ist nicht mehr Abfallprodukt, sondern erste Absicht. Nur wird das geleugnet: Die Verteidigung, also Schutz von Menschen, sei die Absicht des SDI-Programms - mag Strauß einwenden (tut es aber merkwürdigerweise in seiner Antwort nicht). Wenn das wahr wäre - gut, dann verteidigen wir uns eben zu Tode. Ein anderes Ergebnis ist nicht denkbar, wenn es der Reagan- oder Gorbatschow-Hälfte der Welt gelingen sollte, einen absolut tödlichen „Verteidigungsschirm“ aufzubauen. Der Tod wäre für beide Seiten inbegriffen. Wenn Laser-Kanonen, oder was auch immer SDI bringen soll, eine Interkontinental-Rakete abschießen, folgt eine Kettenreaktion und die Welt wird zu Asche.

Die Utopie hinter dem Reagan-SDI-Programm besteht darin, den Gegner für immer knebeln zu können - für Jahrzehnte, für Jahrhunderte? Kann eine solche Knebelung gelingen? Kann eine Hälfte der Erde auf Dauer unter der absoluten Vernichtungsdrohung oder anderen leben? Oder wird es Verzweiflungsschläge der Unterlegenen geben? Oder einfach ein Versehen? Das Ende der Menschheit - ein Irrtum? Oder der Anschlag eines Irren?



Keine Bange. O-Ton Strauß in seiner Antwort „Die Frage einer Beteiligung an den SDI-Forschungsarbeiten ist der freien unternehmerischen Entscheidung überlassen. Es besteht keine Meldepflicht für derartige Aktivitäten gegenüber der Bayerischen Staatsregierung.“ Da ist sie wieder, die freie unternehmerische Entscheidung, die Entscheidung von Rüstungsgiganten für die Rüstung, für was auch sonst, solange kein fetterer Braten in Sicht ist. Natürlich ohne Meldepflicht. Was geht es auch den Staat und seine Bürger an, wenn freie Unternehmer, finanziert von der Großmacht USA, Menschheitsvernichtungsprogramme entwickeln.

Unser Freistaat Bayern verbietet den freien Unternehmern zu Recht alles mögliche, zum Beispiel, wenn auch nicht genügend, die Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung. Sogar die Herstellung von Kriegsspielzeug sollte nicht sein, sagt die Staatsregierung immer vor Weihnachten. Aber die Mitproduktion von SDI-Superwaffen kritisieren oder gar verbieten - nein, das geht zu weit; das würde denn doch die freie unternehmerische Entscheidung arg beeinträchtigen.

Es geht schließlich - wieder O-Ton Strauß - um eines „der ehrgeizigsten und kühnsten Forschungsvorhaben der Menschheitsgeschichte“; daran mitzuarbeiten könne „kein Wissenschaftler gezwungen, aber auch keiner gehindert“ werden.

Es lebe die Freiheit der Wissenschaft. Es lebe die freie unternehmerische Entscheidung.

(-/19.8.1985/rs/ks)

+ + +

Die Lehren aus dem Wein-Skandal ziehen

Plädoyer für eine Wende in der Agrarpolitik

Von Klaus Kirschner MdB  
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
des Deutschen Bundestages

Der Giftweinskandal macht eines deutlich: die dafür Verantwortlichen fühlen sich nicht verantwortlich, jeder schiebt die Vorwürfe weit weg von sich. Dies gilt für den zuständigen Bundesgesundheitsminister Geißler, der ja sonst gegenüber politisch Andersdenkenden als selbsternannter Volksaufklärungsminister sehr schnell mit Schuldzuweisungen bei der Hand ist, ebenso wie für den Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, für den die ganze Angelegenheit ausschließlich einen österreichischen Skandal darstellt. Fassungslos sind sie zwar alle - dies gilt für die in Österreich Verantwortlichen ebenso wie für jene bei uns -; allerdings wohl am meisten darüber, daß das Gift entdeckt wurde und nicht, weil es sich hierbei um eine kriminelle Tat gewissenloser Geschäftemacher handelt. Diesen Kriminellen ist die Gesundheit der Verbraucher ebenso gleichgültig, wie das Vertrauen der Konsumenten, einen reinen Wein gekauft zu haben. Hauptsache, es bringt Geld.

Die bisher bekanntgewordene zeitliche Chronologie dieses Giftweinskandals hat aber auch die unglaubliche, behördliche Fahrlässigkeit und Schlamperei des Bundesgesundheitsministers deutlich gemacht und auch demonstriert, auf welch gut geölten Schienen die schwarze Filzokratie zwischen dem rheinland-pfälzischen Weinbauministerium und den Weinpanschern fährt.

Mit Unschuldsmiene wird nun gefragt, wie konnte so etwas nur passieren? Angeblich sind es nur ein paar „schwarze Schafe“ in einer Herde unschuldigster weißer Lämmer. Daß deutscher Wein verbotenerweise mit ausländischem Wein verschnitten wurde, daß der Ehrenpräsident des Deutschen Weinbauverbandes Tyrell der Zuckerpanscherei angeklagt ist, oder der Flüssig-Zucker-Skandal, der 1980 aufgedeckt und in den 2.500 Winzer und Händler verstrickt waren, das alles wird verdrängt, soll nicht zur Kenntnis genommen werden.

Was den jetzigen Giftweinskandal angeht, so müssen sie doch alle davon gewußt haben: die Exporteure, die Abfüller ebenso wie der Weinhandel und die zuständigen Behörden. Wenn etikettierte Spitzenweine für unter zwei DM im Handel angeboten werden, dann kann es beim Preis ebenso wenig mit rechten Dingen zugehen, wie überhaupt es die erntbare Menge dieser „Spitzenweine“ gar nicht gibt. Das mußten doch die Fach- und Aufsichtsbehörden wissen.

Dies alles reiht sich nahtlos in die bekanntgewordenen sonstigen Skandale der Agrarwirtschaft ein. Es sei nur an den Kälber-Östrogen-Skandal vor ein paar Jahren erinnert, oder an das gewissenlose Vollpumpen der Tiere mit Antibiotika. Die Landwirte, allen voran der deutsche Bauernverband, die Verarbeiter und der Handel, spielen dieses unverantwortliche Spiel mit, das den Großen ansehnlichen Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit verspricht. Die Normen dieses standardisierten, nach amerikanischem Muster aufgezogenen Milliardenspiels, setzt die organisierte Bauernlobby und der Handel fest: Kalbfleisch hat weiß zu sein, Schweinefleisch darf kein Fett mehr haben, auch wenn es nach nichts mehr schmeckt, Obst und Gemüse muß groß, prall und makellos sein.

Wer hier mitspielen will, muß „auf Teufel komm raus“ in teure Anlagen und Maschinen, in Antibiotika, in Viehfutter, in Chemie als Dünger und Pflanzenschutzmittel investieren. Verlierer bei diesem Milliarden-



spiel ist der Verbraucher, der dieses mit überteuerten Lebensmittelpreisen einerseits und mit seinen Steuergeldern andererseits bezahlen muß. Die EG-Agrarpolitik verschlingt jährlich rund 65 Prozent (37 Milliarden) des europäischen Gemeinschaftshaushaltes und davon wiederum werden rund 90 Prozent ausschließlich benötigt zur Beseitigung der Agrarüberschüsse. Jeder Erwerbstätige hat jährlich 1.800 DM für diese teure und unsinnige Verschwendung aufzubringen.

Zu den offiziellen EG-Agrarkosten kommen jedoch noch die nationalen Kosten der Agrarpolitik und die in den Nahrungsmittelpreisen versteckten Subventionen hinzu. Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft für Verbraucherfragen (AgV) ergibt sich für den deutschen Steuerzahler dadurch die unvorstellbare Summe von 38 Milliarden DM, das heißt jeder der deutschen 730.000 landwirtschaftlichen Betriebe, ob im Voll-, Zu- oder Nebenerwerb, wird mit rund 52.000 DM jährlich subventioniert. Dies übersteigt das im Agrarbericht ausgewiesene durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebseinkommen um rund das Doppelte. Die finanziell sehr starke, jedoch sehr radikale Gruppe der organisierten Großlandwirte hat bisher jede vernünftige Reform verhindert. Aus gutem Grund, würde doch eine Abkehr der bisherigen Preis- und Absatzgarantien und stattdessen eine Orientierung sowohl an ökologischen Gesetzmäßigkeiten, als auch an den Regeln der Marktwirtschaft und der Sicherung angemessener landwirtschaftlicher Einkommen, die fetten Pründe der Großagrarien schmelzen lassen.

Daß mittlerweile in der EG pro Jahr mehr als 20 Milliarden Liter Tafelwein vernichtet werden, daß daraus Alkohol entsteht, der inzwischen ebenfalls einen unverkäuflichen See bildet, daß die Steuerzahler dafür jährlich mehr als eine Milliarde DM pro Jahr (und die Deutschen davon mehr als 300 Millionen) aufbringen müssen, all das halten die Bauernverbände und CDU/CSU/FDP nach wie vor für gute Politik.

Aber nicht nur der Verbraucher ist bisher der Verlierer: auch unsere Umwelt gehört dazu. Die „modernen“ Anbaumethoden lassen die Bodenkruke erodieren, das Grundwasser wird zunehmend vergiftet, wildlebende Tiere und Pflanzen sterben aus. Kapital in Milliardenhöhe wird fehlgeleitet, das wir so notwendig bräuchten, um beispielsweise Arbeitsplätze in umweltschonenden neuen Technologien zu schaffen. Mit unserem Geld bezahlen wir einen Überfluß, den wir nicht brauchen können und der die Situation der Dritten Welt, nicht zuletzt durch den Ankauf von hochwertigen Futtermitteln, in immer verheerender Weise verschlechtert. Hungerkatastrophen sind durch diese Politik geradezu ständig vorprogrammiert.

Wir importieren hochwertige Eiweißfuttermittel zu fast 50 Prozent aus den sogenannten Entwicklungsländern, deren Anbauflächen dort für die menschliche Ernährung und die Versorgung der Bevölkerung verwendet werden müßten. Mit diesen Import-Futtermitteln erzeugen wir hier unverantwortliche Überschüsse an Fleisch, Milch und Butter. Bei dieser „Veredlungswirtschaft“ müssen bis zu 18 Kilogramm Futtermittel verwendet werden, um zum Beispiel ein Kilogramm Rindfleisch zu erzeugen, oder um beispielsweise ein Kilogramm Schweinefleisch zu produzieren sind rund 4,5 Kilogramm Getreide und 7,5 Liter Magermilch notwendig.



Aber nicht nur die Dritte Welt ist der Verlierer dieser Agrarpolitik. Auch die sogenannte hochindustrialisierten Staaten geraten durch die Saat-Multis in eine immer größere Abhängigkeit. Diesen Saat-Multis gelingt es zunehmend, die genetische Vielfalt wichtiger, regional bewährter Getreide-, Gemüse- und Obstsorten einzuschränken und durch industrielle Züchtungen und Hybriden zu ersetzen. Zwei Handvoll internationaler Konzerne, vorwiegend der Chemie-, Petro- und Pharmaindustrie, beherrschen heute schon weitgehend den Saatgut-Weltmarkt. Es finden sich darunter so bekannte Namen wie: Sandoz-Schweiz, Ciba-Geigy-Schweiz, Schell-Großbritannien-Niederlande, ITT-USA, Pfizer-USA, EMC-Frankreich. Damit die Abhängigkeit vollständig wird, liefern sie zum Saatgut die chemischen Dünger, die chemischen Pflanzenschutzmittel und die Maschinen gleich mit.

Und hier schließt sich der Kreis: wir brauchen eine bäuerliche Agrarpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Verbraucher an gesunden Lebensmitteln, einer intakten Umwelt orientiert und den Bauern vernünftige Einkommen garantiert. Der Giftweinskandal bietet die Chance, wenigstens in einem Teilbereich zu beginnen und eine Wende herbeizuführen. Es darf nicht mehr weiterhin am Markt vorbei produziert werden. Der Erzeuger muß für gute Produkte einen guten Preis erhalten und der Verbraucher muß endlich erfahren, woher sein Wein kommt, den er kauft und was drin ist. Das gilt insbesondere für den schädlichen Schwefel und die sonstigen rund 30 Chemikalien, die verwandt werden. Das alles hat auf dem Etikett zu stehen. Es muß auch endlich Schluß sein mit der Beimischung von Zuckerwasser und Traubensaft bei bestimmten Weinen und Jahrgängen. Viele ehrliche Winzer bringen ehrliche Produkte auf den Markt, sie alle sind die Dummen bei diesem schändlichen Spiel.

Die Bundesregierung, die sich wegen des Jahrhunderte alten Reinheitsgebots des deutschen Bieres vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen läßt, kann beweisen, wie ernst sie das Reinheits- und Ursprungsgebot beim Wein nimmt. Es geht um die Nagelprobe, ob die Panscherlobby weiterhin Vorrang genießt vor dem Gesundheits- und dem Verbraucherschutz. Jetzt sind die zuständigen Minister Geißler und Kiechle gefordert. Wenn nicht, sollen sie ihre Koffer packen.

(-/19.8.1985/rs/ks)

+ + +

